

# Vision, Utopie, Drohbild

## Stimmungsschwankungen um die europäische Identität

Silke Schreiber-Barsch\*

» Quo vadis, Europa? Von den einen als Vorzeigemodell supranationaler Integration gewürdigt, werden andererseits oft genug eher die Dissonanzen des europäischen Orchesters betont. Die Europäische Union durchlebt eine Existenzkrise, sei es im Hinblick auf die Verkräftbarkeit der Erweiterungen, auf das Reizthema eines Türkei-Beitritts oder auf die Frage nach einer europäischen Identität angesichts weit verbreiteter Europaskepsis.

In seinem spannungsreichen, weiterhin ergebnisoffenen Integrationsprozess meint Europa seit jher Transformation, kein Endprodukt: von den Gründungsvisionen als ein Bürge für Versöhnung, Frieden und Wohlstand, über die Meilensteine in den 1990er Jahren wie der Etablierung des Binnenmarktes (1993), bis hin zur Währungsunion (2002) und gemeinsamen Strategien als globaler Akteur.

Die Erkenntnis, dass die Handlungs- und Wirkungsmächtigkeit der Europäischen Union nicht allein von den Zielen einer politisch-wirtschaftlichen Zweckgemeinschaft abhängig sind, sondern genauso von dem Zugehörigkeits- und Solidaritätsgefühl seiner Bürger, stieß Mitte der 1970er erste identitätspolitische Initiativen an. Markante Symbole dessen sind Europaflagge und Hymne, der Europatag am 9. Mai und das Leitmotiv „*In Vielfalt geeint*“ – kaum prägnanter ließen sich Anspruch wie Komplexität einer europäischen Identitätsfindung zusammenfassen.

Das Schlagwort „Identität“ besitzt viele Facetten. Als individuelle Identität kennzeichnet es die Eigentümlichkeit einer Person, mit der sich diese anhand der Summe bestimmter Merkmale von anderen unterscheidet, sich identifiziert. Keineswegs ein fixierter Zustand, meint Identität eine aktive Herstellungsleistung und permanente Ge-

staltungsaufgabe für den Einzelnen. Im Spannungsfeld innerer wie äußerer Einflussfaktoren ist die Identitätsentwicklung gegenüber veränderten Lebenssituationen abzugleichen und gegebenenfalls in neue Richtungen zu führen. Als eine weder widerspruchsfrei noch prinzipiell friedliche Kategorie ist Identität insofern immer kontextabhängig und formiert sich maßgeblich aus Zugehörigkeit – zu einer Nation, einem Geschlecht, Berufszweig, einer Religion und so fort. Sie wird passiv erlangt, wie eine Staatsangehörigkeit bei der Geburt, zumeist aber aktiv vom Einzelnen gewählt, indem Zugehörigkeiten bejaht oder abgelehnt werden.

Europäische Identität ist hingegen eine kollektive Identität. Über eine Summe an Merkmalen wird nun eine Gruppe, ein Gemeinwesen identifiziert, dem ich mich als Einzelner zugehörig fühle. Und zwar indem ich mit anderen kognitive, normative und ästhetische Vorstellungen über das Gemeinwesen teile (Hurrelmann), also das Bewusstsein der Zugehörigkeit:

- zu einem gemeinsamen Interaktionszusammenhang (**kognitiver Aspekt**),
- sowie die Bewertung dieser Zugehörigkeit (**normativer Aspekt**)
- und die emotionale Einstellung ihr gegenüber (**ästhetischer Aspekt**).

\* Dr. Silke Schreiber-Barsch ist in der international-vergleichenden Erwachsenenbildungsforschung tätig und lebt in St. Etienne.

Auch kollektive Identitäten sind keine quasi-natürlichen Gegebenheiten, sondern zeitspezifische Herstellungsleistungen ihrer Mitglieder. Die Nationenbildung im Europa des 18./19. Jahrhunderts illustriert, wie sich über die Festlegung und politische Durchsetzung gemeinsamer Standards (einheitliche Sprache und Geschichtsschreibung, kulturelle Besitzstandserklärungen, militärisch gesicherte Grenzziehung und Ähnliches) ein staatliches Gemeinwesen formte. Hierbei fordern der historische Verlauf und neue Mitglieder- generationen immer wieder Anpassungsleistungen bei den gemeinsamen Vorstellungen ein. Wie umkämpft kollektive Identitäten sein können, lassen die kriegerischen Auseinandersetzungen der jungen Nationalstaaten des ehemaligen Jugoslawiens erahnen.

Das Ensemble aus kognitiven, normativen und emotionalen Elementen offenbart die Tücken im Prozess europäischer Identitätsbildung. Ein allein kognitives Bewusstsein um die EU-Zugehörigkeit oder um die per Gesetz im Vertrag von Maastricht (1992) etablierte Unionsbürgerschaft, die den Staatsangehörigen der Mitgliedsländer Rechte auf Freizügigkeit, Wahlbeteiligung und Ähnliches zusichert, mag zwar rein formell einen europäischen Demos proklamieren, kann jedoch nicht automatisch ein positiv bewertetes, emotionales Zugehörigkeitsgefühl erzeugen. Ein Mindestmaß an kollektiver Identität als Basis einer europäischen Werte- und Solidargemeinschaft ist jedoch Voraussetzung, um den Forderungskatalog und die Zumutungen der politisch-wirtschaftlichen Willensgemeinschaft gegenüber ihren Bürgern zu legitimieren und mithilfe eines strapazierfähigen Solidargefühls die nicht unbeträchtlichen Nebenwirkungen der Integration – wie finanzielle Umverteilungen oder Schwächung nationaler Souveränität – abzufedern.

Identitätspolitische Maßnahmen sollen hier unterstützend eingreifen als Verknüpfung von Geschichte, Gegenwart, Zukunft. Das verläuft von den EU-eigenen Symbolen und der Unionsbürgerschaft mit den dort verbrieften alltagsrelevanten Rechten (Beispiel Mobilität auf dem europäischen Arbeitsmarkt) über die gemeinsame Währung und administrativen Organe bis hin zur Bündelung einzelstaatlicher Interessen zu Gemein-

schaftsstrategien oder zu Aktions- und Forschungsprogrammen im Bildungs- und Kulturbereich zum Wohle beispielsweise der Aufarbeitung europäischer Vergangenheit als verbindende, nicht trennende Grundlage gemeinsamer Zukunft.

## Spannungsfelder

Dennoch: Europäische Identität bleibt ein sperriges, zuweilen höchst strittiges Vorhaben. „*In Vielfalt geeint*“ symbolisiert den Balanceakt zwischen dem erklärten Ziel harmonisierter Strukturen und gebündelter Handlungsfähigkeit einerseits und der in den Ordnungsgrundlagen verbrieften Wahrung kultureller Vielfalt und nationaler Souveränität andererseits. Dies provoziert verschiedenste Konflikte.

Als durchaus berechtigt (und identitätsstiftend) erscheinen Verweise auf einen gemeinsamen Wertekanon anhand von demokratischen, rechts- und sozialstaatlichen Kategorien, auf, wie im Vertrag von Lissabon, das „*kulturelle, religiöse und humanistische Erbe Europas, aus dem sich die unverletzlichen und unveräußerlichen Rechte des Menschen sowie Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit als universelle Werte entwickelt haben*“. Zugleich verweigert sich die Konstruktionslogik der EU mit der ihr inhärenten Dynamik und Variabilität, man denke nur an die Grenzverschiebungen, festen und endgültig definierten Koordinaten eines Identitätskerns. Im Streit um die europäische Verfassung fanden weder der von einigen Ländern geforderte Gottesbezug, noch (im Lissabonner Vertrag) die von anderen abgelehnte Aufnahme der staatsähnlichen Symbole der EU Eingang.

Feste Bezugskoordinaten über pauschalisierende Zuschreibungen von Differenz gegenüber dem „Anderen“ erreichen zu wollen, wäre ein zweiter Trugschluss. Zweifellos stärken gemeinsame Standards, eine politisch intonierte Homogenität und Angriffe von außen die Eigentümlichkeit, Stabilität und das Zusammengehörigkeitsgefühl. So entfachte das bei der Irak-Kontroverse von US-amerikanischer Seite abfällig titulierte Bild des Old Europe, gemeint waren Deutschland und Frankreich, neue einheitsstiftende Kräfte. Solch

eine Stabilisierungslogik darf jedoch nicht dazu verführen, die interne Diversität Europas über-tünchen zu wollen, noch auf ein fragiles Identitätskonstrukt zu vertrauen, das von der Kontinuität seiner Feindbilder abhängig ist.

Europäische Identität wird national interpretiert, als Bedrohung wie Chance, und sie wird innenpolitisch instrumentalisiert, als Symbol nationaler Schwächung oder Vormachtstellung. Frankreichs Staatspräsident Sarkozy verkündete am Wahlabend des 6. Mai 2007, dass Frankreich nun wieder zurück in Europa sei – und erwies sich in der Folge als durchaus sperriger, national selbstbewusster Partner. Die europäische Idee wird somit intoniert von einer ganzen Klaviatur nationaler Interessen, die europäische Erfolge und Misserfolge in nationale (und vice versa) umdeutet. Dies kann die notwendige europapolitische Konsensfindung empfindlich stören oder auch, wie bei den Verfassungsreferenden, eine bürgerliche Sanktion nationaler Politikführung zu Lasten der europäischen Idee provozieren.

Eine einheitsstiftende europäische Identität zielt insofern nicht auf Einheitlichkeit, auf politisch definierte Deutungsmuster oder gar auf die Ausrufung eines europäischen Nationalstaates. Hingegen ist komplementär zur nationalen Identität die kognitive, emotionale und positiv bewertete Verflechtung mit dem europäischen Projekt zu stärken. Dies erfordert einen identitätsstiftenden, das heißt selbstreflexiven und kritischen Umgang mit der eigenen nationalen Brille, den jeweiligen Identitätskonstruktionen und Zuschreibungsmustern von Differenz. Nur so lassen sich Lernprozesse initiieren, Visionen erarbeiten und öffentliche Räume der Interaktion und des dialogischen Widerstreits jenseits bequemer Toleranzpostulate etablieren.

## Europäische Bürgergesellschaft

Maßgebliche Einflussgröße sind hierbei die Unionsbürger selbst – ohne ihr Engagement, ihr Interesse und ihr positives, wenigstens tolerierendes, sprich: nicht ablehnendes Zugehörigkeitsgefühl blieben die Bemühungen um eine europäische Bürgergesellschaft erfolglos.

Europapolitisch wird dies mit Programmen wie „*Ein Europa für die Bürger*“ (2007–2012) zu unterstützen versucht, auch, um dem Vorwurf eines strukturellen Öffentlichkeits- wie Demokratie-defizits zu begegnen. Es mache die Bürger zu bloßen Empfängern politischer Beschlüsse, ohne dass diese die Bedingungskonstellationen und Verantwortlichkeiten nachvollziehen oder beeinflussen könnten, was Identitätsbildung erheblich schwächt. Diese Einbahnstraße soll aufgebrochen werden mithilfe der Stärkung der europäischen Bürgergesellschaft. Sie ist der öffentliche Raum zwischen staatlicher, wirtschaftlicher und privater Sphäre und insofern Mittler zwischen nationalem und europapolitischem Kontext. Partizipation und Interaktion der Bürger sind zu fördern zugunsten interner transnationaler Verflechtung, sozialem Zusammenhalt als Teilnahme und Teilhabe am europäischen Gemeinwohl sowie zur Vermittlung von Idee und alltagsrelevantem Potenzial Europas.

Zugehörigkeit spricht zunächst der politische Ordnungszusammenhang aus. Bürgerliche Rechte wie politische und gesellschaftliche Partizipation, soziale und sozioökonomische Teilhabe oder kulturell begründete Rechte werden an das Individuum mittels der Staatsangehörigkeit (*nationalité*) eines EU-Mitgliedstaates – und nur dann – erteilt. Die nationalen Staatsangehörigkeitsrechte sind wiederum eng verknüpft mit gesellschaftspolitischen Konzepten der Staatsbürgerschaft (*citoyenneté*). Letztere sind historisch verwurzelte Programmatiken, die die für das jeweilige Staats- und Demokratieverständnis konstitutiven Werte und Normen benennen. Beide, Staatsangehörigkeit wie -bürgerschaft, sind insofern Ausdruck der jeweils gültigen Herrschaftsdiskurse des Gemeinwesens und legen den Bezug zwischen Individuum/Staat und Individuum/Individuum fest.

Für die Frage europäischer Identität und Gemeinwohl ist überdies ein emotionales, positiv bewertetes Zugehörigkeitsgefühl bei den Bürgern entscheidend. Zur Existenzsicherung des Demokratie-modells und zweifellos Entlastung der staatlichen wie supranationalen Ebene wird der gemeinwohlinteresierte, politisch mündige Bürger anvisiert. Eine Schlüsselrolle wird hierbei dem Bildungs- und Erziehungsbereich von der Schule

bis zur Erwachsenenbildung zugesprochen, zuletzt vom Europarat, der 2005 zum „*European Year of Citizenship through Education*“ ausrief.

Doch es gibt nicht „den“ Unionsbürger im Bildungsgeschehen (Detjen). Hingegen gibt es

- viele „**Desinteressierte**“, die von politischen, zivilgesellschaftlichen Forderungen nicht behelligt werden möchten;
- dann „**reflektierte Zuschauer**“, die zwar am politischen Geschehen (Beispiel Wahlen) teilnehmen, aber auf Distanz bleiben;
- „**interventionsfähige Bürger**“, die demokratiekompetent sind, sich aber nur situationsabhängig politisch/zivilgesellschaftlich engagieren;
- und schließlich „**Aktivbürger**“, die permanent in politischen Verbänden oder zivilgesellschaftlichen Gruppen arbeiten und dem eine hohe Priorität zuweisen, die jedoch nicht den Regelfall bilden.

Während der reflektierte Zuschauer das Minimal- und der Aktivbürger das Maximalziel von Bildungsaktivitäten sind, liegt die anspruchsvollste Aufgabe in der Motivation und Kompetenzvermittlung bei den Desinteressierten zugunsten eines Wandels zu wenigstens reflektierten Zuschauern.

Zudem sind Bildungsaktivitäten in nationale Traditionslinien eingebettet. Während multikulturelle Positionen (Beispiel Kanada) die Anerkennung und Förderung kultureller Differenz und Gleichberechtigung im Bildungsalltag propagieren, zielt die republikanische Tradition Frankreichs mit dem Grundsatz des Laizismus und dem Postulat der *égalité* als Gleichheit und Gleichbehandlung aller Bürger auf eine strukturelle Ausklammerung (und letztlich Überwindung) ethnisch und kulturell definierter Differenzen. Die *éducation à la citoyenneté* soll über die kollektive Anerkennung wie Verpflichtung auf die universalen republikanischen Werte jenes Gleichheitspostulat und gesellschaftliche Integration gewährleisten. Der Bildungsföderalismus in (West-)Deutschland ließ ein weniger klar konturiertes Bild entstehen. Das staatsbürgerlich integrative Moment im schulischen Bildungsalltag wurde trotz der vielen Gastarbeiter und deren Familien seit den 1950ern erst lange ignoriert, dann mit einer defizitorientierten Ausländerpädagogik in den 1970ern auf-

zufangen versucht, bis sich seit den 1990ern kritisch orientiertere Ansätze Interkulturellen Lernens formiert haben. Die lange Dominanz der Zuschreibung von Differenz anhand kultureller Codes sichert nicht zuletzt Spätaussiedlern aufgrund ihrer kulturellen Herkunft, also ihrer deutschen Volkszugehörigkeit, eine privilegierte Einwanderung zu – Deutschland als Zuwanderungsland, die Debatte um eine deutsche Leitkultur: ein kontroverses Sujet.

## Konsensfähige Leitlinien

Bildung und Erziehung wird folglich länderübergreifend eine Schlüsselrolle bei Integration und demokratischer Bildung der Individuen zu aktiven, verantwortungsvollen, gemeinwohlorientierten Bürgern zugesprochen. Doch lassen die Traditionslinien (abgesehen von ihren Defiziten und Vorzügen) überhaupt ein allgemeingültiges Konzept europäischer Bürgerschaftsbildung zu? Auch hier sollte weniger Einheitlichkeit das Ziel sein, als vielmehr die gemeinsame Auseinandersetzung entlang konsensfähiger Leitlinien: „*Demokratie Lernen als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform*“. Demzufolge legitimiert Wissen um die Prinzipien demokratischer Staats- und Regierungsformen Demokratie als Herrschaftsform. Voraussetzung ist allerdings eine erfahrbare demokratische Lebens- und Gesellschaftsform. Letztere meint das Erlernen und die Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Strukturen und Mechanismen im Alltag der Demokratie. Diese Teilhabe am öffentlichen Raum bildet die Basis für zivilgesellschaftliches Engagement. Zentral ist schließlich Demokratie-Lernen als Lebensform. Es geht um das konkrete, demokratisch geprägte Zusammenleben, erfähr- und erlernbar beispielsweise in der Familie oder im Schulalltag mit Regeln von Mitbestimmung und öffentlicher Aushandlung. Dies schafft wiederum das Fundament für die Befürwortung von Demokratie als Gesellschafts- und Herrschaftsform. Insofern reichen für das Ziel einer europäischen Bürgergesellschaft und Solidargemeinschaft weder allein kognitives Wissen um politische Prinzipien, noch rein emotionale Verknüpfungen mit Europa aus. Der Volkshoch-

schulsprachkurs oder das Austauschjahr im Studium mögen eine Vorliebe zu französischer Lebensart ausbilden, doch folgert daraus nicht Neugierde und kritische Auseinandersetzung mit den größeren Zusammenhängen deutsch-französischer Beziehungen als Grundlage identitätsstiftenden Engagements und Zugehörigkeitsgefühls zur europäischen Familie.

Ob also europäische Identität als Vision, Utopie oder gar Drohbild im europäischen Raum gilt, steht unter dem Einfluss

- von nationalen wie europapolitischen Deutungsmustern,
- von strukturellen Reformen zugunsten eines konkret erfahrbaren europäischen Nahraums,
- von einer politisch gewollten Leitvision europäischer Zusammengehörigkeit im Sinne zwar konfliktträchtiger, aber stabiler Identitätsbildung,
- und zweifellos unter dem Einfluss der Unionsbürger selbst in Gestalt einer wirkungsmächtigen Bürgergesellschaft.

Die Unionsbürger sind selbst aufgerufen, sich zwischen Desinteressierten, Zuschauern bis hin zu Aktivbürgern zu entscheiden. Bildung und Erziehung können zentrale Grundlagen und Anknüpfungspunkte für gemeinsame wie individuelle Lernräume und -prozesse schaffen, doch verbleibt auch dies ergebnisoffen.

- Achim Hurrelmann, *Die Europäische Union als Verfassungsgemeinschaft? Optionen und Gefahren konstitutioneller Identitätspolitik*. In: Julian Nida-Rümelin / Werner Weidenfeld (Hg.), *Europäische Identität: Voraussetzungen und Strategien*. Nomos, Baden-Baden 2007.
- Joachim Detjen, *Die Demokratiekompetenz der Bürger*. In: *Politik und Zeitgeschichte*, B 25/2000.
- Gerhard Himmelmann, *Demokratie Lernen als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform*. Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts. 2007.

### „Alter Ego“ – ein Kreativ-Wettbewerb für Jugendliche

Unterstützt von der Europäischen Kommission wendet sich die Vereinigung europäischer Kulturinstitute EUNIC im „Jahr des Interkulturellen Dialogs“ mit einem kreativen Wettbewerb an Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren, der im Sommer in 22 europäischen Ländern stattfindet. Die Aufgabenstellung ist ungewöhnlich und reizvoll zugleich: Erstellt werden soll eine Art Doppelporträt, bestehend aus einem Selbstporträt des Bewerbers und aus einer Abbildung einer zweiten fiktiven oder realen Person, die einem anderen Kulturkreis, einer anderen Tradition angehört. Das Projekt versteht sich bevorzugt als Beitrag zur Integration von Angehörigen sozial schwacher Minderheiten mit Migrationshintergrund.

Dieses „Alter Ego“, das auch das Motto des Wettbewerbs ist, soll sich möglichst in vielfacher Hinsicht vom Porträtierenden unterscheiden, um die kulturelle und ethnische Komplexität der Gesellschaften Europas zu veranschaulichen. Ziel ist es, junge Menschen zu ermuntern, sich in ihrer Umgebung genau umzusehen und unterschiedliche Identitäten in ihrer gewohnten Umgebung wahrzunehmen. Als Medien kommen infrage kurze Film- und Videobeiträge, Multimediabeiträge, gefilmte Performances, Musik, Text, Fotografie, Collagen, fotografierte Gemälde, Skulpturen und vieles mehr. Aus jedem Land werden zwei Gewinner ermittelt, die anschließend an einem internationalen Kunstworkshop – voraussichtlich in Dänemark – teilnehmen und anschließend als „Botschafter für interkulturellen Dialog“ in andere europäische Länder reisen.

**Einsendeschluss für die Beiträge ist der 5. September 2008.**

**Weitere Informationen unter: [www.alterego-europe.eu](http://www.alterego-europe.eu)**

Quelle: Landesbildungsserver Baden-Württemberg, Vereinigung europäischer Kulturinstitute EUNIC.